

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
09.05.2007

Am Walfangmoratorium festhalten und Walschutz auf der IWC stärken

Zu den Beratungen über das Agieren der Bundesregierung bei der kommenden Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) Ende Mai erklären Cornelia Behm, agrarpolitische Sprecherin, und Undine Kurth, naturschutzpolitische Sprecherin:

Wir fordern vor der diesjährigen Jahrestagung vom 28.-31. Mai in Anchorage (USA) in einem Bundestagsantrag ein aktives Engagement der Bundesregierung zugunsten des Walschutzes, um eine Mehrheit für die Walschutzländer zurück erlangen zu können. Dazu gehört, dass Deutschland auch weiterhin für einen strikten Walschutz eintritt und am Walfangmoratorium festhält. Das ist in diesem Jahr ganz besonders wichtig, denn bei der Jahrestagung 2006 der IWC hatten die Befürworter des Walfangs das erste Mal seit Jahren wieder eine knappe relative Mehrheit.

Wir begrüßen es daher, dass die schwarz-rote Bundesregierung an der bisherigen Ablehnung des Walfangs festhält. Dieses Festhalten am Moratorium für den kommerziellen Walfang war keinesfalls selbstverständlich, wenn man erlebt hat, wie walfangfreundlich die CDU/CSU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode im Bundestag agiert hat. Offensichtlich hat der öffentliche Druck von Umwelt- und Tierschutzverbänden und uns Grünen die Union zu einem Einlenken bewegt.

Die Position der Bundesregierung geht allerdings nicht weit genug. Wir halten es für ausgesprochen wichtig, ein Walfangmanagement-System abzulehnen, denn es wäre das Einfallstor für den kommerziellen Walfang. Die Datengrundlage für die Festlegung von Walfangquoten ist viel zu unsicher und ihre Einhaltung auf den Weltmeeren nicht kontrollierbar. Der Schutz der Wale kann so keineswegs gewährleistet werden. Auch hat es Schwarz-Rot versäumt, der Bundesregierung einen klaren Auftrag zu geben, sich bei der 14. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutz-Abkommen im Juni 2007 gegen die Annahme des von Japan eingebrachten Antrags zur Überprüfung sämtlicher in Anhang I aufgelisteten Walarten einzusetzen. Mit diesem Antrag droht die Gefahr der Herablistung dieser Arten, was zu einer Legalisierung des Handels mit Walprodukten führen könnte. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, sämtlichen Aktivitäten in Richtung der Legalisierung des Walprodukthandels entgegenzutreten.

MEHR ZUM THEMA

Antrag IWC 2007 (<http://www.cornelia-behm.de/cms/default/dokbin/184/184288@de.pdf>)